

Neue Zürcher Zeitung

«Die Schweiz muss klare Forderungen stellen»

Magdalena Martullo-Blocher fordert mehr Mut

Interview: Christina Neuhaus

Branchenverbände.

Sie sagen, der freie Arbeitsmarkt sei seit der Einführung der Personenfreizügigkeit zu einem Mythos verkommen. Was meinen Sie damit?

Jeder zweite Beschäftigte hat bereits einen Gesamtarbeitsvertrag, jeder vierte einen, der allgemeinverbindlich erklärt wurde. Ein allgemeinverbindlicher GAV gilt für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch solche, die gar nicht in einer Gewerkschaft sind. Nur 15 Prozent aller Erwerbstätigen sind in einer Gewerkschaft, diese vertreten aber die Hälfte aller Angestellten!

Das ist doch im Wesentlichen ein hausgemachtes Problem.

Ja, mit der Personenfreizügigkeit kam der Schweizer Arbeitsmarkt unter Lohn- und Druck. Man führte die flankierenden Massnahmen ein. Der Staat zwingt zu Gesamtarbeitsverträgen mit den Gewerkschaften, die Vertragsfreiheit ist nicht mehr vorhanden. Die Linken und die Gewerkschaften sind dadurch in eine enorme Machtposition gekommen und können immer mehr ihrer ideologischen und politischen Forderungen verankern.

Wie meinen Sie das?

Ferienregelung, Arbeitszeit, Vater-schaftsurlaub, Kündigungsschutz, Mindestlöhne – alles kommt in den GAV. Für die Gewerkschaften ist der GAV zudem eine gewaltige Geldmaschine. Im Bau zahlen Arbeitnehmer und Arbeitgeber knapp 41 Millionen Franken an Solidaritätsbeiträgen, davon landet ein Viertel in den Taschen der Gewerkschaften und

Sie sind gegen Lohnschutz?

Wenn wir die Personenfreizügigkeit haben, geht es in der Schweiz mit den hohen Löhnen nicht anders. Arbeitnehmer aus 28 Ländern haben Zugang. Deshalb muss man auch bei der Personenfreizügigkeit ansetzen. Der hohe Anteil an Zuwanderern in niedrigqualifizierten Jobs im Gastgewerbe und im Bau zeigt, dass eben vor allem unqualifizierte Einwanderer, nicht Fachleute in die Schweiz kommen. Die Zuwanderung findet statt, obwohl die Arbeitslosenquote in diesen Branchen überdurchschnittlich hoch ist. Auf dem Bau liegt die durchschnittliche Arbeitslosigkeit von Ausländern bei 10 Prozent, im Gastgewerbe bei 11 Prozent!

Was wäre aus Ihrer Sicht die Lösung?

Man sollte, analog zu vor der Personenfreizügigkeit, wieder nur diejenigen Arbeitskräfte holen, welche die Wirtschaft wirklich braucht. Alle anderen Länder regeln ihre Zuwanderung so. Die

EU versteht sich hier als einheitlicher Rechtsraum, in der Praxis ist aber auch hier der Zugang zwischen den Ländern nicht frei.

Haben Sie schlechte Erfahrungen mit den Gewerkschaften gemacht?

Nein, sogar gute. Für die Pharma- und Chemiebranche kennen wir als eine der wenigen Sparten keinen allgemeinverbindlichen GAV. Bei Ems arbeiten wir aber seit Jahren freiwillig und gut mit der Syna zusammen. Sozialpartner, die ausserbetriebliche Erfahrungen für betrieb-

liche Anliegen einbringen, sind wertvoll. Wir haben einen langjährigen Kollektiv-arbeitsvertrag. Gewerkschaften sollen sozialpolitische Anliegen einbringen, nicht ideologische oder internationale Machtpolitik betreiben wie die Unia.

Die Kündigung der Personenfreizügigkeit gefährdet die bilateralen Verträge. Daran können Sie als Unternehmerin doch kein Interesse haben.

Wir verkaufen über 95 Prozent unserer Produkte im Ausland, Deutschland ist unser grösster Absatzmarkt vor China.



Magdalena Martullo-Blocher
SVP-Nationalrätin
und Unternehmerin

Unsere Kunden kaufen, weil sie die Produkte wollen. Wir liefern nicht an den Staat. Aber wo steht, dass alle bilateralen Verträge gefährdet sind? An den meisten bilateralen Verträgen mit der Schweiz hat die EU selber ein Interesse. Wir sollten uns doch nicht von Angst leiten lassen. Die Schweiz muss den Mut aufbringen, klare Forderungen zu stellen und Grenzen zu ziehen.

Sie halten das für realistisch?

Natürlich. Die EU betreibt klare Interessenpolitik, und wir sollten das auch tun. Die EU will der Schweizer Börse die Äquivalenz verweigern? Dann schaffen wir halt die Stempelsteuer ab oder drohen mit den Transitzkosten. Ich glaube nicht, dass sich die EU mit einem Powerplay um die Bilateralen in eine weitere Schlacht begeben will. Für die Schweiz ist es höchste Zeit, selbstbewusster aufzutreten und die eigenen Interessen glaubhaft durchzusetzen.